

# *Internationale Kampagne gegen die Diktatur in Togo und anderen Afrikanischen Ländern*

## Pressemitteilung I

Hamburg, 30.01.2006

- **Hungerstreik der togoischen Regimegegner geht in die dritte Woche**
- **Am 28.01. fand eine kraftvolle Kundgebung vor dem Gefängnis statt**
- **PDS/Linkspartei schreibt an den Bundesinnenminister**
- **Innenminister Timm versucht sich mit Kompetenzlosigkeit herauszureden**
- **Aufruf zum Protest in Berlin am 06.02.2006**

Die beiden togoischen Diktaturflüchtlinge, Alassane Moussbaou und Adzrakou Komi Anani, befinden sich jetzt seit 11 bzw. seit 14 Tagen im Hungerstreik. Ihr Gesundheitszustand wird langsam kritisch. Trotz zunehmender körperlicher Schwäche und dem extremen psychischen Druck sind sie fest entschlossen den Hungerstreik fortzusetzen. Eine Auslieferung an das RPT-Regime in Lomé wird schwerste Folgen für die beiden bekannten Oppositionellen haben.

Immer mehr Menschen fordern die sofortige Freilassung der beiden Gefangenen. Die Behörden und das Landesinnenministerium verweigern jede Auseinandersetzung über die Situation in Togo und die Gefährdungslage für die Regimegegner. Auf den offenkundigen Fehleinschätzungen, daß in Togo alles ruhig sei und abgeschobene Oppositionelle nichts zu befürchten hätten, beharrend spielen sie mit dem Leben Herrn Moussbaous und Herrn Ananis.

Am Samstag, 28.01., fand mit ca. 80 TeilnehmerInnen eine Solidaritätskundgebung vor der JVA Bützow statt. Mit Trommeln, Transparenten, Musik und Grußreden wurde den Gefangenen Kraft über die Mauern geschickt. Von den vergitterten Fenstern der Krankenstation konnten die Hungerstreikenden die Kundgebung verfolgen. Sie übermittelten Dank an alle, die ernsthaft für die Wahrung der Menschenrechte eintreten. Am Vortag der Kundgebung hatte die Gefängnisleitung versucht, die Gefangenen in einen von der Straße aus nicht zu sehenden Zellentrakt zu verlegen. Diese zusätzliche Schikane zur Demoralisierung scheiterte an der Weigerung der Gefangenen.

Der Landesvorsitzende der Linkspartei/PDS Peter Ritter forderte in einem Brief vom 26.01.06 an den Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die generelle Aussetzung von Abschiebungen nach Togo bis ein den Realitäten entsprechender neuer Lagebericht des Auswärtigen Amtes vorliegt. Der Landesvorsitzende erwartet, daß für die nächste Innenministerkonferenz diese Thematik –„aufgrund der massiv die Menschenrechte verletzenden Situation in Togo, verursacht durch ein diktatorisch herrschendes Regime“- auf die Tagesordnung gesetzt wird. In Kenntnis der massenhaften Interventionen gegen die Verletzung des Asylrechts schließt der Brief mit den Sätzen: „Bei weitem nicht nur wir sind davon überzeugt, daß ein Abschiebestop für Flüchtlinge aus Togo erlassen und den langjährig in Deutschland lebenden Menschen ein Bleiberecht erteilt werden muß“

Inzwischen hat der Petitionsausschuß über den aktuellen Verfahrensstand informiert. Die Sachverständigenanhörung mit Vertretern von Menschenrechtsgruppen sowie Vertretern der involvierten Ministerien wird am 22. Februar im Landtag stattfinden. Die Bitte des Ausschusses um eine vorläufige Aussetzung der Abschiebung wurde vom Innenminister Gottfried Timm (SPD) abgelehnt. Er erklärte vor dem Ausschuß, daß er keine Kompetenzen besäße, dies zu veranlassen. Es gäbe Entscheidungen des Bundes und der Verwaltungsgerichte. Die Karawane für die Rechte der

Flüchtlinge und MigrantInnen übt an dieser Aussage scharfe Kritik. Der Innenminister versucht die Öffentlichkeit hinter das Licht zu führen, wenn er behauptet keine Kompetenzen zu haben. Er kann jedem einzelnen Menschen im Land Mecklenburg-Vorpommern Schutz gewähren, wenn er es für notwendig erachtet. Insbesondere wenn deutlich wird, daß die Folgen einer Abschiebung das Leben der betreffenden Person in Gefahr bringen, ist der Innenminister gefordert, die Verantwortung zu ergreifen. Auch auf Grundlage der Landesverfassung „ Im Bewußtsein der Verantwortung aus der deutschen Geschichte sowie gegenüber zukünftigen Generationen, erfüllt von dem Willen, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern,...“ ist der Innenminister beauftragt, zu handeln. Nach wie vor warten viele Menschen auf eine öffentliche Stellungnahme des Innenministers zur Sache. Die in mittlerweile ca. 1.000 Briefen erhobene Forderung an den Innenminister nach der Aussetzung der Abschiebung und der Freilassung Herrn Moussbaous und Herrn Ananis besteht weiter.

Am Montag, den 06. Februar 2006, ruft die „Internationale Kampagne“ zum Protest nach Berlin. Anlässlich des ersten Jahrestags nach dem Tod des alten Diktators und der Machtübernahme durch den Sohn und angesichts der Kollaboration des Auswärtigen Amtes mit dem RPT-Regime findet der Protest vor der Botschaft und vor dem Auswärtigen Amt statt.

„Internationale Kampagne“

c/o Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

Tel: +49-(0)40-43 18 90 37 Fax: +49-(0)40-43 18 90 38

mail: [free2move@nadir.org](mailto:free2move@nadir.org) further information: [www.thecaravan.org](http://www.thecaravan.org)